

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 34

Köln, den 22. August 1930

31. Jahrg.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929.

Soeben ist das Jahrbuch 1930 der christlichen Gewerkschaften erschienen, enthaltend den Bericht des Gesamtverbandes und der ihm eingegliederten Gewerkschaften. In noch umfangreicherer Weise als im Vorjahr gibt das Jahrbuch eine Übersicht über die wirtschaftliche und soziale Lage, die daraus für die Gewerkschaften erwachsenen Aufgaben und über die Tätigkeit und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften.

In der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften spiegelt sich immer ein gut Stück der Wirtschaftslage wider. Eine günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes verschafft den Gewerkschaften einen günstigen Resonanzboden für ihr Wirken und erhöht die gewerkschaftliche Werbekraft. Bei Wirtschaftskrisen und größerer Arbeitslosigkeit tritt die umgekehrte Wirkung ein. Nur eine erheblich verstärkte gewerkschaftliche Aufklärungstätigkeit vermag dann zu verhindern, daß die rückschrittliche Entwicklung ungehemmt ihren Lauf nimmt. Zweifellos war die Gesamtlage im Jahre 1929 den Gewerkschaften äußerst ungünstig. Wenn trotzdem die christlichen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen verstärken konnten, so beweist das nur, daß ihre Ideen auch in mißlichen Zeitläuften Werbekraft besitzen, und ihre Aktivität auch unter schwierigen Verhältnissen zur Geltung kommt.

Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1929 von 647 364 auf 673 127 gesteigert. Unter Hinzurechnung der sonstigen im Deutschen Gewerkschafts-Bund stehenden Arbeitergruppen (Eisenbahner usw.), stieg die Mitgliederziffer von 763 843 auf 792 827. Nachstehend die Entwicklung der einzelnen Verbände.

Verbände	Mitgliederzahl insgesamt	
	Ende 1928	Ende 1929
1. Bauarbeiter	45 698	48 913
2. Bekleidungsarbeiter	11 522	11 244
3. Bergarbeiter	98 954	102 710
4. Buchdrucker	3 667	3 982
5. Fabrikarbeiter	64 393	68 119
6. Gasthausangestellte	19 153	20 622
7. Arbeitnehmer öffentl. Betriebe	33 708	37 853
8. Graphiker	4 923	5 115
9. Hausangestellte	3 472	3 396
10. Heimarbeiterinnen	7 235	7 304
11. Holzarbeiter	30 600	31 675
12. Landarbeiter	80 536	80 686
13. Lederarbeiter	11 048	10 604
14. Maler	3 203	4 007
15. Metallarbeiter	112 678	124 168
16. Nahrungsmittelarbeiter	9 088	10 005
17. Tabakarbeiter	26 350	22 421
18. Textilarbeiter	81 136	80 303
	647 364	673 127
Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten	116 479	119 700*)
Insgesamt	763 843	792 827

*) Mitgliederzahl vom 1. Oktober 1929.

Einen Zuwachs hatten 13 Verbände, während fünf Verbände mit einem Verlust abschließen. Den stärksten Zuwachs hatte diejenige Gewerkschaft, die sich in den letzten Jahren bemühte, den Ideengehalt der christlichen Gewerkschaftsbewegung in stärkster Weise herauszustellen und in der Gewerkschaftspolitik einen prononzierten selbständigen Weg zu gehen: der Christliche Metallarbeiterverband. Freilich bleibt auch zu berücksichtigen, daß der Metallarbeiterverband die stärkste und finanzkräftigste Gruppe in der christlichen Gewerkschaftsbewegung darstellt, und er so über organisatorische Hilfsmittel verfügt, die anderen Verbänden nicht gegeben sind. Auch die Zahl der noch nicht organisierten Arbeiter ist zweifellos in der Metallindustrie stärker als in jedem anderen Industriezweig. Trotzdem bleibt der Aufstieg des Metallarbeiterverbandes unter den obwaltenden Verhältnissen ein beachtenswerter Vorgang.

Unter den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften (soweit sie dem Gesamtverband angeschlossen sind) sind 126 001 weibliche. Deren Zahl hat sich gegen das Vorjahr um 1872 erhöht. Anteilsgemäß ist jedoch die Zahl der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl zurückgegangen. Bemerkenswert ist der erhebliche Zugang an weiblichen Mitgliedern bei den Fabrikarbeitern.

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in folgender Weise:

Landesarbeitsämter	Mitglieder des Gesamtverbandes*)	Mitglieder der Verkehrsbediensteten-gruppe**)	Mitgliederzahl insgesamt
Ostpreußen	27 401	3 941	31 342
Schlesien	46 826	6 126	52 952
Brandenburg	18 332	5 970	24 302
Pommern	3 890	5 116	9 006
Nordmark	8 950	4 472	13 422
Niedersachsen	24 735	4 787	29 522
Westfalen	137 288	10 840	148 128
Rheinland	174 792	27 264	202 056
Hessen	25 147	5 905	31 052
Mitteldeutschland	32 949	5 941	38 890
Freistaat Sachsen	16 767	5 036	21 803
Bayern	61 901	16 000	77 901
Südwestdeutschland	52 949	10 820	63 760
Saargebiet, Danzig usw.	41 200	7 482	48 682
Insgesamt	673 127	119 700	792 827

*) Nach Angabe der Verbände (Bergarbeiter geschätzt). **) Schätzung.

Der Entwicklung der Mitgliederzahl folgte die Kassengebarung der Verbände. Vielmehr ist die Steigerung der Einnahmen noch erheblicher, als es die Steigerung der Mitgliederzahl erwarten lassen konnte. Es muß als Zeichen gesunder Finanzwirtschaft gedeutet werden, wenn trotz wesentlich höherer Ausgaben, die sich aus der schlechten Arbeitsmarktlage ergeben, im Jahre 1929 noch rund 5 Millionen Reichsmark erübrigt und den Reserven der Verbände zugeführt werden konnten.

Einnahmen und Ausgaben der Verbände gestalteten sich folgendermaßen:

Verbände	Gesamt- einnahmen RM 1929	Gesamt- ausgaben RM 1929
1. Bauarbeiter	2 538 004	1 929 148
2. Bekleidungsarbeiter	301 750	296 751
3. Bergarbeiter	3 059 212	2 026 293
4. Buchdrucker	380 312	351 619
5. Fabrikarbeiter	2 850 306	2 850 299
6. Gasthausangestellte	1 798 135	1 336 842
7. Arbeitnehmer öffentl. Betriebe	1 444 866	1 216 959
8. Graphiker	242 831	212 533
9. Hausangestellte	18 946	19 126
10. Heimarbeiterinnen	74 501	74 392
11. Holzarbeiter	1 405 530	1 265 858
12. Landarbeiter	923 687	920 724
13. Lederarbeiter	366 447	309 748
14. Maler	152 113	115 786
15. Metallarbeiter	6 069 388	4 446 643
16. Nahrungsmittelarbeiter	321 354	269 507
17. Tabakarbeiter	442 652	396 119
18. Textilarbeiter	2 616 394	2 353 242
	25 006 488	20 391 389
Derkehrs- und Staatsbedienstete	2 628 800	—
	27 634 488	—

Die Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten hat keine Angaben über die Ausgaben gemacht, weil es sich hier um Verbände handelt, die auch Beamte umfassen. Es lassen sich hier die anteiligen Kosten der Arbeitergruppen für Verwaltung und sonstige Ausgaben nicht ermitteln. Hingegen sind die Beitragseingänge der Arbeitermitglieder getrennt aufgeführt.

Ein ausführliches Kapitel ist im neuen Jahrbuch den Orts- und Bezirkskartellen der christlichen Gewerkschaften gewidmet. Ende 1929 bestanden 411 Kartelle, von denen sich 348 mit insgesamt 474 255 Mitgliedern an der alljährlichen Erhebung über die Entwicklung und die Tätigkeit der Kartelle beteiligten. Es zählten 233 Kartelle bis 1000 Mitglieder, 86 Kartelle von 1000 bis 5000 Mitglieder, 19 Kartelle über 5000 Mitglieder. Den Kartellen wurden im Jahre 1929 183 Ortsgruppen der Verbände neu eingegliedert, während 29 Ortsgruppen abgingen. Die Kartelle hatten eine Gesamteinnahme von 286 883,25 RM, der eine Gesamtausgabe von 176 655,26 RM. gegenübersteht.

Nach den Berichten der Kartelle zählten diese in den angeschlossenen Ortsgruppen 12 481 Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Organen der Sozialversicherung, 1785 Arbeitsrichter und Beisitzer bei den Schlichtungsausschüssen, 12 708 Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder, 1090 Schöffen und Geschworene, 3280 Mitglieder kommunaler und politischer Körperschaften. Zur Schulung der christlichen Gewerkschaftler veranstalteten die Kartelle besondere Lehrgänge, an denen sich rund 20 000 Mitglieder beteiligten.

Der Jahresbericht läßt in all seinen Einzelheiten eine Fülle von Arbeit der verschiedensten Art erkennen, die von den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929 geleistet wurde. Wir müssen uns jedoch vorerst auf die Wiedergabe einiger charakteristischer Zahlen beschränken. Diese aber zeigen schon, daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht nur behauptet haben, sondern im Berichtsjahr bedeutende Fortschritte auf allen Gebieten erzielten und ihre Geltung wesentlich verstärkten. Wenngleich die Überwindung gewerkschaftshemmender Tendenzen im laufenden Jahre noch schwieriger ist als im Vorjahr, so bleibt doch zu erwarten, daß die christlichen Gewerkschaften auch die Aufgaben im Notjahr 1930 nicht minder gut erfüllen werden.

Gegen eine üble Konkurrenz.

Im Zeichen einer riesigen Arbeitslosigkeit ist der Kampf um den Arbeitsplatz besonders schwer und erbittert. Man muß das Milieu unserer Arbeitsnachweise kennen, muß wissen, wieviel Enttäuschung zer Schlagene Hoffnung, Verzweiflung die Herzen der Arbeitssuchenden bedrückt und quält, um die große Not der beschäftigungslosen Arbeitskameraden begreifen zu können. Tag für Tag dieselbe Frage

an den Schalterbeamten, immer wieder die verneinende Antwort desselben, die erfolglosen privaten Bemühungen, Arbeit zu erhalten, alles das reißt seelisch auf und läßt die Menschen mutlos und flügelarm werden. Hart war das Brot, das der Arbeiter aß, immer schon; härter schluckt er an dem Bissen, den er sich von einer mageren Unterstützungssumme für sich und Weib und Kinder beschaffen muß. Man muß die Gebuld und Schicksalsergebenheit sehr oft bewundern, die immer noch die Massen besitzen, und daß bisher die öffentliche Ruhe und Ordnung noch keine besondere Störung erlitten hat.

Daß die Stimmung der Arbeitslosen sich manchenmal in verbren Worten Luft macht, wer will es ihnen verdenken. Daß auch Vorkommnisse und Zustände in Wirtschaft und Staat manch herbes Wort der Kritik erfahren, wer will das verurteilen? Verbesserungsbedürftig erscheint doch allgemein so manches nicht nur im Staat, sondern auch in der Wirtschaft.

Eine Frage ist es besonders, die bei dem Heer der Arbeitslosen Stoff zu eifriger Aussprache liefert: Das Problem der Doppelverdiener. Auf der einen Seite brachliegende Arbeitskräfte, die keine Beschäftigung finden, auf der anderen Seite Menschen, die der Arbeit so dringend nicht bedürfen, weil ihr Auskommen, ihre Existenz auch so gesichert ist. Bei ersteren würde die Möglichkeit, arbeiten zu können, Befreiung aus unerträglicher Lage und für viele Familien der Wiederbeginn geordneter und glücklicher Häuslichkeit bedeuten, bei den anderen gilt der Arbeitslohn höchstens als angenehme Zugabe, die gestattet, sich etwas völliger zu geben, Genüsse aller Art reichlicher zu genießen, auf die man ohnehin auch nicht verzichtet. Die Frage der Doppelverdiener verursacht viel böses Blut.

Wiederholt haben wir als christliche Gewerkschaft auf das Unerträgliche dieses Zustandes hingewiesen, haben auf der Frühjahrstagung des Ausschusses des Gesamtverbandes übereinstimmend die Forderung nach der Beseitigung der Konkurrenz der Doppelverdiener gefordert und immer wieder hat die Gewerkschaftspresse auf diese Frage hingewiesen. Selbst das Unternehmertum ist aufmerksam geworden, wie eine Zuschrift an die Deutsche Arbeitgeberzeitung, von dieser am 13. Juli veröffentlicht, beweist. Dort heißt es:

„Wer Gelegenheit hat, Einblick in große Industriekonzerne zu haben, wird finden, daß dort noch unzählige verheiratete Frauen Stellen einnehmen, die manchem unbefähigten Familienvater eine ausreichende Existenzmöglichkeit geben würden. Ebenso wird man Tausende von jungen Mädchen finden, die von Hause aus infolge guter Vermögensverhältnisse nicht nötig haben, zu arbeiten. Das Geld, das sie verdienen, wird nachweisbar nur als Taschengeld und für Kleidung verbraucht. Man muß nach dieser Feststellung die heutigen Machthaber fragen: ist das sozial? Man kann aber gewiß sein, daß man auf die Frage nur ein eifriges Schweigen vernimmt. Die Machthaber von heute treiben mit sozialen Einrichtungen Schindluder. Sie haben, nachdem sie das Heft ergriffen haben, auf ihre Banner „Gleichberechtigung der Frau“ geschrieben. Sie haben dadurch wohl eine große Menge Stimmen gefangen, haben sich aber auch gleichzeitig die Hände gebunden. Wäre dieses nicht der Fall, hätten sie schon längst Maßnahmen ergreifen müssen, Mißstände, wie vorher geschildert, zu beseitigen. Sie würden dabei eventuell Anhänger verlieren, könnten sich aber immerhin rühmen, soziale Politik zu treiben. Heute aber finden sie, da sie gemachte Fehler nicht einsehen wollen, nur den einen Ausweg: Höhererschraubung der Beiträge.“

Gewiß können manche Arbeiten in der Industrie nur von Frauen ausgeführt werden. Man soll auch nicht wahllos jede weibliche Angestellte oder Arbeiterin aus dem Betriebe nehmen. Bei der Beurteilung der Frage ist individuell die jeweilige Existenzmöglichkeit des einzelnen zu betrachten. Es ist z. B. nicht Notwendigkeit, daß Töchter, deren Väter gute Einkommen haben, Autos und Dillen besitzen, in der Industrie untergeordnete Posten bekleiden. Diese Väter hätten früher bestimmt nicht zugelassen, daß die Tochter arbeitet. Durch die Herabminderung des sozialen Begriffes von seiten der heute Regierenden ist selbstverständlich auch im Volke das soziale Empfinden getötet. Daher erkennen solche Väter gar nicht das moralische Verbrechen, das sie an der gesamten Volksmasse begehen. Genau so geht es den vielen verheirateten Männern, deren Frauen ebenfalls noch im Beruf stehen. Es ist nicht damit getan, Steuern zu zahlen. Jeder hat die Pflicht, allen Mitbürgern zu helfen und der Notlage des Volkes entgegenzusteuern.“

Abgesehen von den in diesen Sätzen enthaltenen tendenziösen Redewendungen, beweist die Zuschrift die Berechtigung der geübten Kritik und der erhobenen Forderung. Sie bestätigt den nach unserer

Meinung im Interesse der Behebung der Arbeitslosigkeit unhaltbaren Zustand, dessen Beseitigung in erster Linie durch die Arbeitgeber erfolgen kann. Nicht die Gesetze — nicht der Staat — letzterer höchstens, soweit er selbst Arbeitgeber ist, können schnellstens einen unerwünschten Zustand beseitigen, sondern zuerst und vor allen Dingen ist das Sache der Arbeitgeber, die derartige Kräfte beschäf-

tigen. Wenn also der gute Wille vorhanden ist, wenn die veröffentlichte Zuschrift den erforderlichen Willen zu erwecken geeignet ist und die deutsche Arbeitgeberpresse nicht müde wird, die Beschäftigung von Doppelverdienern zu verurteilen und zu ihrer Beseitigung aufzufordern, dann wird sehr bald dieser Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt sein.

Die Wohnungswirtschaft in Preußen.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Preußischen Wohlfahrtsministeriums hat Wohlfahrtsminister Dr. Hirtjesier ein 562 Seiten starkes Buch über die Wohnungswirtschaft in Preußen herausgegeben¹, das seiner Bedeutung entsprechend noch viel zu wenig Beachtung fand. Es dürfte bisher keine solche zusammenfassende Darstellung über unsere gesamte Wohnungswirtschaft zur Veröffentlichung gelangt sein wie diese. Die Arbeit soll, wie der Herausgeber sagt, „nicht etwa eine Rechtfertigung der preußischen Wohnungspolitik sein, sondern sie soll, gestützt auf ein umfangreiches Quellenmaterial und reiche Erfahrung, in erster Linie aufklärend wirken über bisher Erreichtes, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit bieten, Schlüsse für die weitere Entwicklung der staatlichen Wohnungspolitik zu ziehen“.

Hirtjesier war nie einseitig. Er beurteilt die Dinge weder vom Standpunkt des Mieters noch des Vermieters, sondern von höherer Warte. Das Buch atmet sozialen Geist. Es übt nicht nur scharfe Kritik an der Wohnungsversorgung vor dem Kriege, es verfolgt auch die Reformbestrebungen bis zum Wohnungsgesetz vom 28. März 1918, zeichnet die Einwirkung des Krieges auf die Wohnungsversorgung, behandelt die Praxis des Wohnungsbaues (Technik des Wohnungsbaues), führt die Träger des Wohnungsbaues an (privates Unternehmertum, gemeinnütziger Wohnungsbau, provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaften). Besonders umfangreich und bedeutsam ist das Kapitel über die Bekämpfung der Wohnungsnot als Staatsaufgabe.

Schon vor dem Kriege war Hirtjesier ein eifriger Verfechter einer gesunden Wohnungsreform. Auf dem deutschen Arbeiterkongress und auf Tagungen der christlichen Gewerkschaften hat die christliche Arbeiterschaft oft mahnend ihre Stimme erhoben und Vorschläge zur Besserung gemacht.

„Keine der maßgebenden Stellen raffte sich mangels klarer Erkenntnis zu entschlossenem planmäßigen Handeln auf, überließ die Beschaffung des erforderlichen Wohnraumes fast ausschließlich der Privatinitiative, die auf weitgehenden Eigennutz eingestellt war. Die damals maßgebenden Stellen sind von Schuld nicht freizusprechen, daß die Reformbestrebungen in einer Zeit aufsteigender Wirtschaft, wo die Möglichkeit und die Mittel zur Verwirklichung der erstrebten Ziele gegeben waren, nicht die notwendige Beachtung fanden.“

Demgegenüber verweist der Minister darauf, daß der gemeinnützige Wohnungsbau eine soziale Mission erfüllte, insofern er die breiten Massen, die bis dahin teilnahmslos und tatenlos der Wohnungsnot gegenübergestanden, zur Erkenntnis ihrer Lage und zu gesundem Gemeinschaftsgefühl aufrüttelte, das zur Selbsthilfe und bei den Baugenossenschaften auch zur Selbstverwaltung führte.

„Der gemeinnützige Wohnungsbau hat ferner nicht nur tatkräftig der Wohnungsnot entgegengewirkt, sondern er hat auch die neuzeitlichen Bestrebungen reformerischer Art zur Hebung des Wohnungswesens in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung in erheblichem Maße verwirklicht. Er hat also das Verdienst, die Wohnungsfrage gegenüber vielfachen theoretischen Erörterungen praktisch in Angriff genommen zu haben. Die vorbildlichen Leistungen wirkten vielfach anregend auf die private Bautätigkeit.“

Auch das Verdienst, das die Bodenreformer um die Behebung der Wohnungsnot und die Besserung der Wohnungsverhältnisse haben, wird rühmend hervorgehoben.

Leider war die Einwirkung des Krieges auf die Wohnungsversorgung verheerend. So wurden während des Krieges nicht nur Arbeiter und Materialien dem Wohnungsbau entzogen, auch das Ka-

pital hielt sich zurück. Ein völliger Stillstand der Wohnungsbautätigkeit war schließlich die Folge. Aus diesen Verhältnissen heraus wurden die Zwangsmaßnahmen geboren. Es war geradezu selbstverständlich, „daß trotz größter Schwierigkeiten die öffentlichen Gewalten den auf die Dauer unerträglichen Folgewirkungen der Wohnungsnot mit Nachdruck zu begegnen versuchten: durch Mieterschutz, Mietzinsregelung, öffentliche Bewirtschaftung des Wohnraums und vor allem durch eine staatliche Förderung des darniederliegenden Wohnungsbaues“. Eingehend werden die gesetzgeberischen Maßnahmen geschildert und wird gezeigt, was geleistet wurde und wie notwendig der staatliche Eingriff war. Umfangreiches Zahlenmaterial zeigt die verheerenden Folgen der Wohnungsnot und des Wohnungselendes.

Seit Jahren kämpfen Interessenten um die restlose Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Minister Hirtjesier ist kein grundsätzlicher Anhänger der Wohnungszwangswirtschaft. Er hält sie aber aus den gegebenen Verhältnissen heraus für notwendig. Er sagt auch, wie er sich die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft denkt:

„Die erstrebte Aufhebung der ebenso lästigen wie notwendigen Zwangsbewirtschaftung wird nur, wie ausgeführt wurde, schrittweise in dem Maße erfolgen können, wie der Wohnungsmangel mengenmäßig behoben werden kann. Ein plötzlicher Abbau ist angesichts der unliebsamen Folgen in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung undenkbar. Wenn nach Überwindung der Zwangswirtschaft schließlich die private Bautätigkeit sich wieder frei entfalten können, so wird doch die staatliche Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Schichten nicht mehr entbehrt werden können.“

Damit bekennt sich Hirtjesier zu einem sozialen Mietrecht nach Aufhebung der heutigen Wohnungszwangswirtschaft. Er gibt auch das Ziel der Wohnungspolitik an: die einwandfreie und zugleich erschwingliche Kleinwohnung für die breiten Schichten unseres Volkes. Dabei gibt er dem eigenen Häuschen den Vorzug, „dessen Verwaltung schon zu nüchternem und verständigem Denken und Beurteilen der wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten führt; auf der anderen Seite die großstädtische beengte und überfüllte Mietskasernen mit ihrem starken Mieterwechsel“. Das Einfamilienhaus bezeichnet er als ein ausführbares Ideal, das auch für einen Teil der Arbeiterschaft kein unerreichbares Ziel bildet. Es wird erfahrungsgemäß auch das ganze wirtschaftliche und politische Denken der Bevölkerung im günstigen Sinne beeinflussen. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Bedeutung der Bausparkassenbewegung zur Finanzierung des Eigenheimbaues. Er verweist auch auf die recht beträchtliche Tätigkeit, die bisher die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde G.m.b.H. Wülstenroth-Ludwigsburg hat entfalten können. Der Wohnungsbautätigkeit kommt auch noch eine andere Bedeutung zu, weil der Wohnungsbau als Schlüsselgewerbe eine wichtige Grundlage zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bedeute.

„Somit ist die Förderung des Kleinwohnungswesens als eine allgemeine- und staatspolitische Aufgabe anerkannt; der Wohnungsbau ist zu einem wichtigen Bestandteil staatlicher Sozialpolitik geworden. Damit ist zugleich eine frühere egoistisch-individualistische Zeit der Wohnungswirtschaft mit ihrer Willkür und ihrem Zufall, ihren ausschließlich spekulativ eingestellten Kräften und deren Zersplitterung endgültig überholt. Zur Erfüllung des Artikels 155 der Reichsverfassung hat der Staat bewußt nunmehr die Führung zur Lösung der Wohnungsfrage übernommen.“

Dieses Buch, das nicht nur eine ungeheure Fülle von Zahlenmaterial und die Angabe von gesetzgeberischen Maßnahmen enthält, sondern auch programmatische Darlegungen, mußte von jedem gelesen werden, der sich mit der Wohnungspolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik beschäftigt.

¹ „Die Wohnungswirtschaft in Preußen“ von Dr. med. h. c. Hirtjesier, Preußischem Minister f. Volkswohlfahrt, 562 Seiten, in Ganzleinen gebunden 12 RM, geheftet 10 RM, Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H., Eberswalde.

Zur Geschichte der Wirtschaftskrisen.

Krankhafte Veränderungen und Störungen im Wirtschaftsleben eines Volkes, allgemein als Krisen bezeichnet, sind naturgemäß keineswegs Erscheinungen, die sich auf unser modernes Wirtschaftsleben beschränken, sondern Krisen hat es zu allen Zeiten gegeben. Nur die Ursachen und Faktoren, die im Laufe der Jahrhunderte wirtschaftliche Stockungen hervorriefen, haben sich verändert und sich mit der verwickelteren Form der einzelnen Volkswirtschaften entsprechend vermehrt. Die wirtschaftlichen Krisen des Altertums und Mittelalters wurden im wesentlichen durch zwei Hauptursachen bedingt, nämlich durch Missernten und durch Kriege, beides Erscheinungen, die selbstverständlich auch bis in die Gegenwart Anlaß zum Zusammenbruch der Wirtschaft eines Landes geben können, jedoch in unserem Zeitalter durch eine ganze Reihe von weiteren Ursachen ergänzt werden müssen, die in den Zeiten der verhältnismäßig primitiven Wirtschaft des Altertums und Mittelalters noch nicht gegeben waren. Die Möglichkeiten einer krisenartigen Stockung in den wirtschaftlichen Beziehungen eines Landes sind heute wesentlich stärker vorhanden, da die Schwierigkeiten, die Produktion in ein richtiges Verhältnis zur Nachfrage zu setzen, erheblich gestiegen sind. Die dauernde Veränderung der Produktionsverhältnisse durch Einführung neuer Maschinen, Entdeckung neuer Rohstoffe, Transportverbilligung oder durch Anwendung neuer Arbeitsmethoden, führten leicht zu Überproduktion und damit zu krisenartigen Erscheinungen. Hinzukommt noch das außerordentlich schwerwiegende Moment der Spekulation, das häufig überhaupt erst die Krise zur Wirklichkeit werden läßt.

Dieses Moment der Spekulation scheint bei den ersten historisch nachweisbaren Wirtschaftskrisen stark in die Erscheinung getreten zu sein, so bei der Lübecker Handelskrisis zu Anfang des 17. Jahrhunderts, die durch übertriebene Handelspekulationen nach den nordischen Städten eingeleitet wurde. Die hieraus folgende starke Kredit-Inanspruchnahme und der relative Mangel an Kapital hatten dann den Zinsfuß schon nach kurzer Zeit derart in die Höhe getrieben, daß die Lübecker Kaufleute praktisch nur noch mit Verlust arbeiteten und zahllose Konkurse die unausbleibliche Folge waren. Während diese Krisis des Lübecker Handels einen vorwiegend lokalen Charakter trug, sind die Auswirkungen der nächsten Wirtschaftskrisen des 17. Jahrhunderts von wesentlich größerer Bedeutung. Es handelte sich hier um eine eigenartige Börsenkrisis, die durch die besonderen Umstände, durch die sie entstand, und unter denen sie sich abwickelte, in der Geschichte der Handelskrisen eine besondere Rolle spielt. Das eigentliche Spekulationsobjekt dieser typischen Spekulationskrisen waren nichts anderes als gewöhnliche Tulpenzwiebeln. Um das Jahr 1634 war nämlich die schon im 16. Jahrhundert nach Europa eingeführte Tulpe in den Niederlanden zur Modeblume geworden und zwar in einem solchen Ausmaße, daß man nicht mit Unrecht von einer wahren Tulpenmanie sprach. Man trieb mit den Tulpenzwiebeln einen schwunghaften Handel, der schon nach kurzer Zeit einen börsenmäßigen Charakter nach Art der modernen Termingeschäfte annahm. Man kaufte Tulpen auf Lieferung, trieb die Preise künstlich in die Höhe, zahlte die Differenz, ohne daß der reale Wert der einzelnen Tulpenarten auch nur im entferntesten den umgesetzten Summen entsprochen hätte. An diesen Spekulationsgeschäften beteiligte sich jeder; Haus und Hof wurde verkauft, um sich in der Besitz einzelner besonders hoch im Kurs stehender Zwiebel zu setzen. Wie wir aus noch erhaltenen Berichten jener Zeit entnehmen können, wurden Werte von 2500 fl. und mehr für eine einzige Tulpe Spezies gezahlt. In wenigen Jahren wurden in einer einzigen Stadt Hollands mehr als 10 Millionen fl. für Tulpen umgesetzt. Da auch das Ausland zum Teil von diesem Spekulationsfieber mitgeriffen wurde und die Preise der Tulpenzwiebeln immer weiter stiegen, so daß jeder Kauf großen Gewinn brachte, glaubte man allen Ernstes das goldene Zeitalter des ewigen Reichtums sei gekommen. Jedoch im Jahre 1637 kam der große Umschwung, eine Ernüchterung war eingetreten, die innerhalb weniger Tage zur Panik ausartete. So schnell als möglich suchte jeder die in seinem Besitz befindlichen Tulpenzwiebeln zu verkaufen; das Angebot stieg ins Unermeßliche, während von einer Nachfrage überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte. Viele, deren gesamtes Vermögen in Tulpenzwiebeln angelegt war, standen innerhalb weniger Tage vor dem Nichts in Gestalt von einigen wertlosen, vertrockneten Zwiebelknollen. Es setzte eine wirtschaftliche Krise größten Ausmaßes ein und es bedurfte Jahre, bevor sich die holländische

Volkswirtschaft von den Verlusten erholt hatte, die der Tulpenwindel ihr gebracht hatte.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts kam es in England zu einer reinen Geldkrise, die ihren tiefsten Grund in der damaligen englischen Münzverschlechterung hatte. Auch in Großbritannien hatte das berüchtigte Kippen und Wippen der Münzen, nämlich das Beschneiden und Verfälschen der Münzmetalle, so stark um sich gegriffen, daß die Regierung sich veranlaßt sah, die minderwertigen Münzen außer Kraft zu setzen. Hierbei hatte man jedoch den Fehler gemacht, einen zahlenmäßig nur unbedeutenden Bestand neuer Münzen in Bereitschaft zu halten, so daß die eingezogenen Münzen nicht in gleicher Höhe durch neue hochwertige Zahlungsmittel ersetzt werden konnten. Als erschwerender Umstand kam noch hinzu, daß die große Masse des Publikums mit der Einlösung des minderwertigen Geldes bis zum letzten Termin gewartet hatte, so daß bei dem plötzlichen Ansturm auf die Staatskasse diese den Anforderungen nicht gewachsen war. Es entstand eine Geldkrise größten Umfanges, die erst im Verlaufe mehrerer Monate, nachdem die staatliche Münze zu London den Ausgleich zwischen Zahlungsmittelbedarf und vorhandenen Zahlungsmitteln hergestellt hatte, ihr Ende fand. Der Anfang des 18. Jahrhunderts brachte dann die schwerste Finanzkrise des Jahrhunderts überhaupt, nämlich die Schwindelperiode des Schotten John Law in Frankreich. John Law, zweifellos ein ausgeprochenes Finanzgenie, kam im Jahre 1716 nach Paris, wo er dem Herzog von Orleans seine Dienste anbot. Das damalige Frankreich war durch die unaufhörlichen Kriege und durch die Verschwendungsjucht seiner Könige, sowie durch die Erpressungspolitik der Generalsteuerpächter vollkommen heruntergewirtschaftet. Es war daher erklärlich, daß das Anerbieten Laws, die Finanzen des Landes zu sanieren, nur allzu leicht Gehör fand, da alle bisherigen Maßnahmen erfolglos gewesen waren und der vollständige wirtschaftliche Ruin des Landes vor der Tür stand. Der Plan Laws ging dahin, durch Ausgabe von Papiergeld und durch künstliche Erhöhung des Wertes sonstiger Kreditpapiere neue Werte zu schaffen. Zu diesem Zweck erhielt er zunächst die Erlaubnis zur Errichtung einer Privatbank, die bei der großen Masse des Volkes sofort außerordentlichen Anklang fand, da die Bank zu 6 Prozent diskontierte, während der übliche Zinsfuß zwischen 20 und 30 Prozent schwankte. Der Bankerfolg war naturgemäß bei diesem günstigen Zinsfuß außerordentlich zufriedenstellend, allein John Law begnügte sich hiermit nicht, sondern sein Ziel war die Beherrschung des gesamten Geld- und Kreditwesens Frankreichs. Zu diesem Zwecke wurde die Privatbank zunächst in eine königliche Bank umgewandelt mit einem Notenausgaberecht von 110 Millionen Livres, die eine Vorzugsstellung vor dem Silber genossen. Im Jahre 1717 erfolgte dann die Gründung der sogenannten „Mississippi-Länder“, die Law organisieren und leiten sollte. Das Aktienkapital der Gesellschaft wurde auf 200 000 Aktien zu je 500 Livres festgesetzt. Da anfänglich Schwierigkeiten bestanden, die Aktien zu verkaufen, begann Law durch geschickte Börsenmanöver und durch Zusicherung einer Dividende von 12 Prozent eine wirksame Propaganda für den Aktienkauf zu treiben. Außerdem wurde durch Übertragung der Privilegien der ostindischen und chinesisches Compagnie auf die Mississippi-Gesellschaft ein weiterer Anreiz zum Aktienkauf gegeben. Es folgten weitere Aktienaushgaben, deren Kurs sofort mit 550 angesetzt wurde. Das Recht zur Zeichnung einer neuen Aktie wurde von dem Besitz der alten, der sogenannten Mutteraktien abhängig gemacht. Durch die Eröffnung von Lieferungsgechäften stellte Law die Wiederaufnahme von Aktien nach einem gewissen Zeitraum zu einem höheren Kurse in Aussicht. Hierdurch wurde die Möglichkeit geschaffen, schon nach kurzer Zeit die Aktien zu einem Kurs von 1000 zu verkaufen. Zur Aufrechterhaltung der erforderlichen finanziellen Grundlage erhöhte Law den Notenumlauf allmählich auf 400 Millionen Livres. Schließlich war eine weitere Aktienaushgabe unbedingt erforderlich, wenn man allen Anforderungen gerecht werden wollte. Das Spekulationsfieber der Massen wurde immer stärker angestachelt; die Kurse der Papiere stiegen scheinbar ins Unermeßliche.

Ende des Jahres 1719 trat dann der große Rückschlag ein. Law hatte zu diesem Zeitpunkt eine Gewinnverteilung von 40 Prozent ankündigen lassen, eine Summe, die in Wirklichkeit bei dem ungewöhnlich hohen Kursstand nur wenig über 2 Prozent betrug. Jetzt erkannte man, daß man dem groß angelegten Börsenmanöver eines skrupellosen, aber genialen Finanzmannes zum Opfer gefallen war.

Die Kurse begannen zu sinken. Alle Maßnahmen Lawes, wie die weitere Ausgabe einer Milliarde an Noten usw. waren vergeblich. Die Banken wurden belagert und überrannt, die Zahl der zur Einlösung präsentierten Noten erreichten eine Höhe, die schließlich eine Suspendierung der Einlösung notwendig machte. Der größte Bankrott aller Zeiten war zur Wirklichkeit geworden. Die Untersuchung des Bankstandes ergab einen Barvorrat von 21 Millionen, 28 Millionen in Barren und 240 Millionen in Handelseffekten. Diesen Summen stand als Gegenwert ein Notenumlauf von 7,5 Milliarden gegenüber. Praktisch bedeutete dies ein Defizit von 2,5 Milliarden, die durch die schwindelhaften Finanzoperationen John Lawes verloren worden waren und die schließlich den Staatsbankrott Frankreichs herbeiführten. Die Finanzkrise bewirkte nicht nur eine Zerrüttung der französischen Wirtschaft, sondern auch anderer Länder, insbesondere England und Holland, wurden insofern in Mitleidenschaft gezogen, als auch hier betrügerische Börsenmanöver zu einer unerwünschten Zeiterscheinung wurden und die Volkswirtschaft der betreffenden Länder auf das schwerste schädigten. In England war es vor allen Dingen der sogenannte Südsee-Schwindel, der sich zu einer schweren Spekulationskrise auswuchs. Auch hier handelte es sich nach dem Vorbild der Lawaschen Börsenmanöver um Aktienpekulationen. Ihren Anfang nahm diese Spekulationsperiode im Jahre 1720, als die Gesellschaft gegen einen Kredit von 5 Millionen Pfund Sterling vom Staate das Recht erhielt, die Staatsschulden durch Rückkauf oder durch Austausch gegen ihre Aktien einzulösen. Die ersten Aktien, die zu 300, 400 und 500 Prozent auf den Markt gebracht worden waren, wurden sofort zu einem Spekulationsobjekt des Publikums und zwar in einem Umfange, der dem Lawaschen französischen Börsentaumel in nichts nachstand. Schon nach wenigen Monaten waren die Kurse auf über 1000 Prozent hinaufgetrieben. Im Gegensatz zu der französischen Finanzkrise erfolgte jedoch in England die Ernüchterung wesentlich schneller. Bereits im September des Jahres 1720 begann der Aktiensturz, der von den üblichen Panikerscheinungen und schweren wirtschaftlichen Schädigungen des Landes begleitet war. (Fortsetzung folgt.)

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 34. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 17. bis 23. August 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftsbwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Ergebnis der Vertreterwahlen zum Verbandstag.

(Std. Nr. = Wahlbezirk, V. = Vertreter, E. = Ersatzmann)

1. V. Heinrich Krehle, München, Reisingerstr. 10.
E. L. Thaller, München.
2. V. Ludwig Graf, Augsburg, Holzbachstr. 31.
E. Engelbert Ammann, Wullenstetten/Senden.
3. V. Otto Fiedler, Passau, Gr. Messergasse 1.
E. Josef Luchs, Hengersberg, Altenufer 2.
4. V. Josef Scheuring, Schweinfurt, Gabelsbergerstr. 6.
E. Johann Trunk, Bergrothenfels, Nr. 2.
5. V. Ludwig Fuchs, Nürnberg, Singerplatz 8.
E. Max Fittigauer, Fürth (Bayern), Ludwigstr. 96.
6. V. Johann Häringer, Weiden, Schulgasse 50.
E. Johann Simon, Nordhalben, Nr. 126 a.
7. V. Karl Wiehl, Freiburg (Halsach/Brs.), Bauhöferstr. 6.
E. Ernst Eckerlin, Freiburg (Brs.), Schwarzwaldstr. 2.
8. V. Heinrich Baumer, Freiburg (Brs.), Schwarzwaldstr. 2.
E. Xaver Hammer, Rastatt (Baden), Bleichstr. 6.
9. V. Karl Hoffmann, Mergentheim, Beethovenstr. 10.
E. Nikolaus Becker, Spaichingen, Bergstr. 2.

10. V. Xaver Schwarzenbacher, Tettnang, Schloßstr. 17.
E. Karl Koch, Baienfurt-Weingarten, Niederbiegerstr. 56.
11. V. Paul Franke, Frankfurt/M.-Eschersheim, Aufzeil 56;
E. August Roser, Kelkheim.
12. V. Thomas Bethäuser, Spener, Fischergasse 13.
E. Karl v. d. Heydt, MingoIsheim i. Baden.
13. V. Friß Rausch, Gausheim/Bingen (Rhein).
E. Peter Lucas, Koblenz, Weißerstr. 5.
14. V. Ludger Müsch, Düren (Rhd.), Könstr. 63.
E. Reiner Gansweit, Rheydt, Königstr. 19.
15. V. Gustav Meier, Düsseldorf, Luisenstr. 37.
E. Kaspar Kleinehandig, Düsseldorf, Merovinger Straße 79.
16. V. Peter Trippelsdorf, Duisburg, Feldstr. 27.
E. Heinrich Wissen, Wesel (Rhein), Kurze Beguinenstraße 21.
17. V. Josef Angermaier, Köln, Denloerwall 9.
V. Richard Ewert, Köln, Franz-Hiße-Str. 1.
E. H. Frangenheim, Köln-Poll, Allerseelestr. 40.
E. H. Zeppenfeld, Gemünd (Eifel), Neustr. 140.
18. V. Wilhelm Klein, Lobberich (Rhd.), Girklicherweg 62.
E. Josef Maassen, Diersen, Landwehrstr. 15.
19. V. Wilhelm Blankenheim, Bonn, Sebastianstr. 113.
E. Phil. Heister, Bonn, Sebastianstr. 41.
20. V. Franz Ruff, Essen, Limbecke Platz 25.
E. Ant. Langela, Essen, Holdenweg.
21. V. Hermann Wener, Dortmund, Langestr. 8.
E. Anton Gorlas, Dortmund-Mengede, Kastropfer Straße 26.
22. V. Anton Lachenbrink, Recklinghausen, Hertener Str. 73.
E. Konrad Hause, Hagen i. Westf., Körnerstr. 18.
23. V. August Hagedorn, Münster i. Westf., Weseler Str. 59.
E. Fockenbrock, Telgte i. Westf.
24. V. Heinrich Krenz, Paderborn, Imadstr. 3.
E. Eduard Otterpohl, Wiedenbrück.
25. V. Josef Schlinkert, Meschede, Waldstraße 58.
E. Franz Klumpe, Neheim i. Westf., Oststr. 36.
26. V. Heinrich Stork, Herford, Öttinghauser Weg 48.
E. Walter Lünstroht, Gütersloh, Friedenstr. 9.
27. V. Josef Gimpel, Hannover-Linden, Davenstedter Str. 194.
E. Konrad Degenhardt, Hildesheim, Waterloostr. 2.
28. V. Paul Böhm, Beverungen.
E. August Kaltenhäuser, Gernrode (Krs. Worbis/Eichsfeld), Am Kinderplatz.
29. V. Otto Jahn, Bremen, Reuterstr. 51.
E. August Groß, Hamburg 11, Martin-Luther-Str. 31.
30. V. Paul Priebe, Schönlanke, Lindenstr. 6.
E. Robert Zöllner, Berlin.
31. V. Benno Hahn, Mülhausen i. Thür., Holzstr. 15.
E. Willi Klingelstein, Stadroda i. Thür., Schloßstraße 8.
32. V. A. Guszowski, Marienwerder, Marienburger Str. 38.
E. Peter Kauer, Braunsberg, Flemmingstr. 33.
33. Stichwahl.
34. V. Joh. L'habitant, Breslau 5, Freiburger Str. 46.
E. Bernhard Giesa, Oppeln, Zimmerstr. 40.

Vertagung des 13. Verbandstages.

Infolge der Reichstagswahl, die bekanntlich am 14. September cr., stattfindet, und die besonders die beiden letzten Wochen vorher das öffentliche Interesse sehr in Anspruch nehmen wird sowie wegen der sich an den Ausgang der Wahl evtl. anknüpfenden Entwicklung, hat der Gesamtvorstand des Verbandes beschlossen, den 13. Verbandstag bis auf weiteres zu vertagen.

Tagesordnung, Vertreter und Stellvertreter sowie die bereits in den Zahlstellen gestellten Anträge bleiben unverändert für den noch zu bestimmenden Termin des Verbandstages bestehen.

Der Zentralvorstand.

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Die organisierten Tapezierermeister in Bremen.

In den Tagen vom 8. bis 13. August hielt in Bremen der „Reichsverband deutscher Tapezierermeister, Polsterer und Dekorateur“ seine 30. Wanderversammlung ab. Der Reichsverband verkörpert die Zentralorganisation der Tapeziererinnungen in Deutschland. An besonderen Referaten waren folgende vorgesehen: „Genossenschaftswesen und Handwerk“, „Die Tariffähigkeit der Zwangsinnungen“, „Gemeinschaftsreklame“ und „Hygienisch einwandfreies Füllmaterial“.

Von den Anträgen, die der Tagung vorlagen, ist besonders ein Antrag des Vorstandes bemerkenswert, der besagt: a) „Die vorgelegte Lehrlingsordnung soll allerorts den Handwerks- und Gewerkekammern zur Genehmigung eingereicht werden; b) Die darin vorgesehene Beschränkung der Lehrlingshaltung wird gutgeheißen und alle Innungen und Einzelmitglieder werden zur strikten Innehaltung dieser Regelung verpflichtet.“ Wir begrüßen gewiß jede Neuordnung, die zur Befundung der Lehrlingshaltung innerhalb des Tapezierergewerbes führt, nur geht es auf die Dauer nicht, daß man die Hilfsorganisationen bei dem Zustandekommen derartig wichtiger Neuordnungen innerhalb des Gewerbes ausschließt. Derartige Privilegien der Innungsmeister sollten zum alten Gerümpel gehören.

Anträge bzgl. Ausschaltung der Doppelverdiener und der Schwarzarbeiter im Gewerbe, lagen mehrmals vor. Bzgl. der Schwarzarbeit, die wir gewiß noch gewerkschaftlichen Standpunkte aus verurteilen, ist zu sagen, daß zur Zeit wohl die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker wirken, als die großen Geschütze der Innungsmeister. Wer heute das Elend der großen Zahl unserer erwerbslosen Tapezierergehilfen sieht, insbesondere derjenigen, die längst als ausgesteuert bei der Arbeitslosenversicherung gelten und auch aus der Krisenfürsorge bereits entlassen wurden, der wird begreifen, daß das nackte Leben der Familie zuguterletzt vor allem andern geht. Die Schwarzarbeit wird zum übergroßen Teile verschwinden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich merklich gebessert haben. Im Rahmen dieses Auffasses wollen wir auch einer anderen Auslassung gedenken. Ein äußerst eifriger Tapezierermeister und Bekämpfer der Schwarzarbeit schreibt in der letzten Nummer der Allgemeinen Tapeziererzeitung folgendes:

„Aufruf Aller! — Staat, Kommunen, Unternehmer- und Arbeitnehmer-Organisationen, ja jeder einzelne muß um Mitarbeit in diesem Gegenkampf gebeten werden. Da sind zuerst die Behörden, Regierungen, Kommunen und die diesen unterstellten Ämter, hier Wohlfahrtsamt — Arbeitsamt. Das Volksganze fordert hier strengstens angewandte Bestimmungen, welche heute schon vorhanden sind. — Das Arbeitnehmerum verlangt schärfere Gesetze zur Erfassung dieser Vorgänge als die bisher erlassenen. Es muß gefordert werden, daß, wenn einem Unterstützungsempfänger Schwarzarbeit nachgewiesen wird und er auch mehrmals mit kleinen Strafen verwahrt worden ist, sofort Anzeige wegen Betrugs erfolgt.“

Das fehlte gerade noch, daß die Arbeitnehmerorganisationen allerhöchsten Strafen gegen einen armen Teufel verlangen. Reich, Staat und alle wirtschaftlichen Organisationen haben in der heutigen Zeit zuerst alle Kräfte anzustrengen, um die verfahrenere deutsche Wirtschaft wieder flott zu machen, als armseligen Schwarzarbeitern nachzulaufen. Aber kleine Geister sehen bekanntlich nicht weit.

Zu dem vorher Gesagten ist noch ein Antrag der Tapezierer-Zwangs-Innung Groß-Berlin beachtenswert, der verlangt „auf der Tagung des Reichsfachverbandes eine grundlegende Aussprache über die Beschäftigung weiblicher Kräfte in der Spezial-Matratzen- und Polstererbranche an Stelle von Tapezierergehilfen auf die Tagesordnung zu setzen.“ Es ist richtig, daß in gewissen Zweigen der Polster- besonders der Matratzenfabrikation, der Tapezierergehilfe in größerem Umfange durch Einstellung weiblicher Kräfte, die mit ganz geringen Löhnen abgefunden werden, ausgeschaltet wird. Es bestehen heute Matratzenwerkstätten, wo 15 bis 20 oder mehr angelegene weibliche Kräfte, von einem Tapezierergehilfen als Vorarbeiter beaufsichtigt werden. Die heutige Wirtschaft stellt leider die Vernunft und das allgemeine Interesse geradezu auf den Kopf.

An demselben Tage trat auch in Bremen der „Reichsverein der Lehrer für das Tapezierer- und Dekorateur-Gewerbe“ zu einer

Tagung zusammen. Vorträge wurden über folgende Themen gehalten: „Die wirtschaftliche Bedeutung des Tapezierergewerbes“ und „Die Aufgaben des Reichsvereins“, Berufsschule und Wirtschaft“ sowie einige rein fachliche Vorträge.

Über den Verlauf beider Tagungen werden wir, soweit das Interesse das erfordert, später berichten.

Die neutralen Gewerkschafts-Genossen.

Es ist Wahlzeit, und die freigewerkschaftliche Presse macht wie üblich stärkste Wahlpropaganda für die „sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Das ist weiter nicht verwunderlich, da ja diese Presse, so auch die Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung, oft schon ihre Verbundenheit mit dieser Partei bekundet. Draußen im Lande, bei der Werbearbeit wurde natürlich etwas leiser getreten, bei solcher Werbearbeit heißt es, die neutrale Kappe aufsetzen. Leider gibt es tausende Arbeiter, die dieser Bewegung nicht wegen ihrer inneren Einstellung oder ihres Zielstrebens angehören, sondern aus Gleichgültigkeit und recht oft um „des lieben Friedens willen“.

Die freien Gewerkschaften sind wirklich echte, treue Anhänger der sozialdemokratischen Partei. Sie stehen zu ihrer Partei und zu ihren Ministern, ganz gleich, ob diese gute oder schlechte Arbeit in den Regierungen leisten. Wie oft mußte zum Beispiel der Staat Preußen, dessen Regierung einflußreich mit sozialistischen Ministern besetzt ist, die breiten Massen mit neuen Steuern und Belastungen beglücken. Dasselbe geschah und geschieht in zahlreichen Kommunen, wo die sozialdemokratischen Parteianhänger die Führung besitzen oder in stärkster Weise verantwortlich sind. Der kleine Parteianhänger mag hier und da mal knurren, aber er ist bald befehrt. Man mußte doch Kompromisse eingehen mit anderen Parteien, es lagen auch wirtschaftliche Notwendigkeiten vor, und vor allen Dingen wenn wir nicht mitmachten und unsere verantwortlichen Männer zurücktraten, verloren wir den Parteieinfluß, der heute auf allen Gebieten ja so groß ist und so weit reicht. Ihren unzufriedenen Anhängern hat derartige die „freie Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ früher recht oft gesagt, natürlich sprach man von Parteieinfluß nicht offen.

Zweieinhalbes Jahr hatte die Reichsregierung einen sozialistischen Ministerpräsidenten, einen sozialistischen Finanzminister, einen sozialistischen Arbeitsminister und einen sozialistischen Innenminister. Viele kleine sozialistische Geister werden gedacht haben, „jezt wird Deutschland gesunden, die werden's schon schaffen!“ Durch Erhöhung der Zölle, Zündholzmonopol, Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung usw. wurden die breiten Massen recht stark belastet. Manche Entscheidungen des sozialistischen Arbeitsministers, die wahrhaftig nicht immer glücklich zu nennen waren, mußte die arbeitende Bevölkerung hinnehmen. Die Finanzpläne eines sozialistischen Finanzministers, die dem Reichstag vorgelegt wurden, sahen schon die „starke Ermäßigung der Besitzsteuern“ vor, ja sogar die „brutale Kopfsteuer“, die nicht so aussah wie die der Notverordnung, tauchte unter seinen Plänen auf und Steuern, die auch die breite Masse belasteten.

Liebe „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“, was warst du damals in Nöten, und wie leise und weise mußttest du treten.

Unter zweieinhalbjähriger sozialistischer Reichsregierungs-Führung konnten die Reichsfinanzen nicht in Ordnung gebracht werden und konnte demzufolge auch die deutsche Wirtschaft nicht gesunden. An der letzten großen Verantwortung drückte sich die große sozialdemokratische Partei vorbei. Die jahrzehntelange Schlagwortpolitik sitzt bei ihren Anhängern noch zu fest, und man kann ihnen eine besonders notwendige, verantwortungsvolle Reichspolitik noch nicht zutrauen. Die zweieinhalbjährige Regierungskunst der sozialdemokratischen Männer hatte schon genug böses Blut geschaffen. Also heraus aus der Regierung und die Verantwortung anderen überlassen. Aber frei! frei! sind jetzt wieder die sozialistischen Gewerkschaftsblätter einschließlich der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“. Sie können wieder schimpfen und krakeelen und alles, was nicht sozialistisch ist, in Grund und Boden stampfen. Die Leisetreterei hört auf, die Demagogen marschieren auf!

Rundschau.

20. Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter. Am 4. August begann in Aachen die 20. Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter. Auf der Begrüßungsfeier am Vorabend gab der Festredner, Bezirksleiter Ernst, interessante Beispiele, wie bei Arbeitszeitverkürzungen dauernd Leistungssteigerungen zu verzeichnen waren. Auf der Generalversammlung selbst erstattete der Vorsitzende des Gewerkevereins, Reichstagsabgeordneter Imbusch, den Geschäftsbericht. Trotz der großen Arbeitslosigkeit brauchten wir keinem hoffnungslosen Pessimismus anheimzufallen. Früher wäre der Arbeiter den Krisen schutzlos ausgeliefert gewesen, heute sehen wir deutlich die Bedeutung der Tarifverträge und des Schlichtungswesens. Gegen eine Lohnsenkung würde sich der Gewerkeverein mit allen Mitteln wehren. 1925 betrug die Lohnkosten pro Tonne 8,37 RM, im März 1930 nur 7,76 RM. Man brauche bei den Lohnkosten nicht zuerst zu sparen. In der Aussprache betonte Bezirksleiter Kuhnen (Saarbrücken), daß das Saargebiet zurück wolle zum deutschen Vaterlande, auch dann, wenn es Deutschland vorübergehend schlecht gehe. Es sei überzeugt von dem Wiederaufstieg unseres Volkes. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach dann über den „Kampf um die Sozialpolitik“. Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit sei notwendig gewesen und grundsätzlich richtig. Wir seien im wesentlichen nicht zu weit gegangen. Die Voraussetzung für die Sozialpolitik sei eine gewisse Kulturhöhe sowie Organisation und Selbsthilfe der Arbeitnehmer.

Die 10. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter wurde am 4. August mit einer Ansprache des 1. Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Fahrenbrach, eröffnet: „Wo immer durch den Ansturm der Reaktion der Arbeiterklasse Positionen verlorengehen, werden wir sie später wieder zurückerobern. Das ist unser unbeugbarer Wille. Wir sind keine Umstürzler, kommunistische und sozialistische Experimente lehnen wir ab, weil sie wirklichkeitsfremd sind. Kommunismus und Sozialismus haben sich bisher unfähig erwiesen, große historische Aufgaben zu lösen. Wir lehnen sie aber nicht nur aus Klugheitsgründen ab. Uns trennt eine Weltanschauung.“ Prof. Brauer sprach dann über Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit. Das Kulturleben in seiner Erhaltung und Förderung verlange dringend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf breiter Front. Dieser Kampf habe von der eindringlichen Erkenntnis der organischen Fehler der bestehenden Wirtschaftsweise auszugehen, die den Untergang heraufbeschwören müßten, wenn man sie weiter wuchern ließe. Melcher sprach über die Ursache der Arbeitslosigkeit in der deutschen Textilindustrie. Bezirksleiter Heeke (Münster) machte Vorschläge für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit.

9. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Maler. In den Tagen vom 3. bis 5. August hielt der Zentralverband christlicher Maler in Königswinter seinen 9. Verbandstag ab. Die Eröffnung hatte ihren Höhepunkt in einer Ehrung, die dem früheren Verbandsvorsitzenden Ferdinand Brauer zuteil wurde. Auf Vorschlag des Hauptvorstandes wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt.

Den Geschäftsbericht erstattete Hans Berghoff, Düsseldorf. Er schilderte die Entwicklung des Verbandes und gab Rechenschaft über die in der Berichtszeit geleistete Arbeit. Der Verband hat eine erfreuliche Mitgliederentwicklung aufzuweisen, die in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse hoch zu bewerten ist. Das Arbeitsfeld des Verbandes ist indes noch ein sehr großes, zumal der kleingewerbliche Charakter unseres Berufes viele Schwierigkeiten mit sich bringt. Bei 203 000 Berufsangehörigen haben wir 65 000 Betriebe, die zu meist weniger als 10 Beschäftigte haben. Die Zahl der Lehrlinge ist außerordentlich hoch. Bei vorsichtiger Zählung kommt man auf 50 000. Der Beruf ist überfüllt, daher auch die große, in den letzten Jahren fortwährend gestiegene Arbeitslosenziffer. Die Lohnverhältnisse sind durch Tarifverträge geregelt, an denen der Verband überall beteiligt ist.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst einen Vortrag von Hans Huber über „Die soziale und gewerbliche Lage der Malergehilfen“. Dieser war eine wertvolle Ergänzung zum Geschäftsbericht und fand entsprechende Beachtung in der anschließenden Diskussion. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde einstimmig Hans Berghoff, Düsseldorf, gewählt.

Zu Beginn des dritten Tages hielt Anton Henke einen Vortrag über die Jugendbewegung, dem die Leitsätze zugrunde lagen:

1. Die Jugendfrage ist für uns eine Lebensfrage.

2. Die Jugendbewegung darf nicht nebensächlich behandelt werden.

Ihren Abschluß fand die Tagung durch einen Vortrag von Prof. Dr. Brauer über das Thema „Handwerk und gewerkschaftliche Eigenwertigkeit“. Die Darlegungen gipfelten in der Feststellung, daß die guten Kräfte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in Gemeinsamkeit um den Aufstieg des Handwerks bemühen müßten, welches in der deutschen Volksgemeinschaft eine besondere Mission zu erfüllen habe.

Ablenkung von der Arbeit bedeutet Gefahr! Nur konzentrierte Aufmerksamkeit macht es möglich, all die kleinen Fehlgriffe, Unachtsamkeiten, Versehen zu vermeiden, die so leicht Unfälle heraufbeschwören. Jede Maschine birgt ihre Unfallgefahren. Alle bewegten Teile können nicht durch Schutzvorrichtungen abgedeckt werden, sonst würde die Arbeit unmöglich gemacht oder sinnlos erschwert. Also ist und bleibt es unbedingtes Erfordernis, daß der Arbeiter an der Maschine „bei der Sache ist“.



Das aber muß auch jeder berücksichtigen und nicht rücksichtslos einen Arbeiter an seiner in Gang befindlichen Maschine stören. Oft ist deren Geräusch so stark, daß er nichts von dem Anderen gehört und gemerkt hat. Berührung oder Anruf kann ein Erschrecken und dadurch irgendeine unvorsichtige Bewegung auslösen und so einen Unfall herbeiführen. — Ebenso schlimm und gefährlich ist es aber, mit dem Arbeitenden sich zu unterhalten, weil dadurch seine Aufmerksamkeit abgelenkt wird. Ja, sogar das Nachdenken oder Grübeln über eine soeben gehabte Unterredung kann starke Ablenkung von der Arbeit und damit Unfälle nach sich ziehen. Man wird es daher zweckmäßig unterlassen, einem an einer gefährlichen Maschine Arbeitenden während der Arbeitszeit irgendwie aufregende, besonders ärgerliche oder vielleicht auch besonders stark erfreuliche Mitteilungen zu machen.

Die fehlende Lohnstatistik wird in der Frankfurter Zeitung, Nr. 471 vom Statistischen Reichsamt verlangt und dazu ausgeführt:

„Auf einen unbegreiflichen Mangel unserer Statistik muß so lange mit immer stärkerem Nachdruck hingewiesen werden, bis das Statistische Reichsamt endlich die Arbeit anpackt, um die Lücke zu schließen. Wir haben keine Statistik der in Deutschland gezahlten Löhne — und das in einer Zeit, in der das Lohnproblem beherrschend im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht! Was wir haben, ist lediglich eine Statistik der Tariflöhne. Aber das genügt absolut nicht. Denn die Tariflöhne binden der Regel nach ja nur den Mindestlohn. Die tatsächlich gezahlten Löhne gehen für einen großen

Teil der Arbeiterschaft regelmäßig beträchtlich darüber hinaus, durch Leistungszulagen, vor allem durch die Akkordlöhne. Diese übertariflichen Zuschläge aber sind von entscheidender Bedeutung. Und wenn man sie nicht kennt, führt die bloße Betrachtung der Tariflöhne oft zu schwersten Mißverständnissen; denn es kommt z. B. vor, daß in dem gleichen Industriezweig zwei verschiedene Bezirke ganz verschiedene hohe Tariflöhne haben, daß aber dann faktisch die übertariflichen Zuschläge ebenso stark in der umgekehrten Richtung variieren mit dem Resultat, daß der Bezirk mit dem sehr hohen Tariflohn in Wirklichkeit den niedrigeren Effektivlohn aufweist! Diese übertariflichen Zuschläge sind auch der Ort, wo sich trotz Tarif- und Schlichtungsbindung konjunkturelle Elastizität in unserem Lohnsystem auswirkt — zweifellos beträchtlich auswirkt, aber mit großen Unterschieden. Über alles dies, was uns heute auf den Nägeln brennt, sagt uns die deutsche Statistik nichts. Wir haben also faktisch keine Lohnstatistik. Was gedenkt das Statistische Reichsamt zu tun?"

Na ja, sicher fehlt uns auch eine Lohnstatistik und dieser Mangel sollte behoben werden. Aber das ist ja nicht das Einzige was fehlt. Es fehlt etwa 3 Millionen Arbeitern an einem ordnungsmäßigen Lohnneinkommen, es fehlt fast der Hälfte aller Arbeiter an genügend hohen Löhnen, die ein Menschsein im dem Sinne gestatten, wie es die Kreise um die Frankfurter Zeitung als selbstverständlich betrachten. Es fehlt auch an einer Statistik über die Zahl der Beamten und Dauerangestellten in öffentlichen Diensten, bei Reich, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung, bei Betrieben und Unternehmungen der öffentlichen Hand usw. Es fehlt eine amtliche Nachweisung über die Eingruppierung dieser Personenkreise, der Höhe der Gehälter, Kinderzulagen, Wohnungsgeldzuschüsse und Stellenzulagen aller Art. Es müßte doch entschieden leichter sein, diese Gehaltsstatistik herzustellen, als eine Lohnstatistik im Sinne der Frankfurter Zeitung. Daß sie bisher nicht erschien, ist doch bezeichnend. Oder wagt sich an die Enträtselung der Befoldungsverhältnisse keiner heran, weil das Beamtentum dem Plan einer solchen Statistik unfreundlich gegenübersteht?

Es fehlt, wenn nun die Untersuchung über Einkommensverhältnisse zur Debatte steht, auch eine Statistik über die Einkommen des Mittelstandes und der freien Berufe — Ärzte und Rechtsanwälte u. dergleichen. Schonungslose Offenheit darüber wäre mindestens so erwünscht, wie über das Einkommen der Arbeiterschaft. Wir zweifeln, daß die Statistik so schnell einwandfreies Material über diese Einkommen zu beschaffen vermag, glauben aber, daß ein wertvolles Hilfsmittel dafür die Offenlegung der Steuerlisten wäre. Vielleicht macht sich die Frankfurter Zeitung zur Wortführerin dieser Forderung, was uns besonders freuen würde. Sie dürfte das um so eher tun, weil wir mit ihr der Meinung sind, daß uns eine allgemeine Lohnstatistik fehlt.

Schädlingsbekämpfung und Desinfektion auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung, Dresden 1930. Bei der immer mehr zunehmenden Bedeutung der Schädlingsbekämpfung für die Gesundheit des Menschen wie für das Volksvermögen ist es nötig, daß auch der Laie die wichtigsten Gesundheitschädlinge und die Schäden, die sie anrichten, kennt. Die Fliege als Gesundheitschädling, als Überträger von 60 verschiedenen Bakterien, wird auch heute noch nicht in ihrer Bedeutung für die Gesundheit allgemein richtig bewertet. Die Wanzenplage spielt heute besonders in den Großstädten eine große Rolle. Gibt es doch Städte, in denen ganze Straßen unter diesen Schmarogern zu leiden haben. Auch hier ist es notwendig, daß der Laie etwas von der Lebensweise dieser Tiere kennt, um sich vor ihnen zu bewahren, um sie fernzuhalten. Ratten und Mäuse als Schädlinge der Volksgeundheit und des Volksvermögens müssen vom einzelnen, wie aber auch von der Behörde bekämpft werden. Hat man doch errechnet, daß durch die Ratten, wenn ein Tier täglich für

1¼ Pfennig Schaden anrichtet, das Volksvermögen jährlich um 250 Millionen Mark geschädigt wird. Aufgabe der Darstellungen soll es sein, die Notwendigkeit der Schädlingsbekämpfung zu erkennen und sie einzuleiten.

Schädlinge sind oftmals Überträger von Seuchen und so liegt es nahe, mit der Schädlingsbekämpfung die Seuchenbekämpfung in Form der Desinfektion zu verbinden. Was muß der Laie von der Desinfektion wissen? Das dürfte eine Frage sein, deren Beantwortung nicht von allen in der eigentlich notwendigen Weise beantwortet werden wird. Nicht nur die Schlußdesinfektion in der Desinfektionsanstalt ist wichtig, sondern besonders die laufende Desinfektion am Krankenbett ist bei Auftreten von ansteckenden Krankheiten in der Familie, in der Gesellschaft von größter Bedeutung. Einfachste Kenntnis hierüber zu erwerben, heißt sich selbst und seine Mitmenschen schützen.

Wie viele Arbeitnehmer gibt es in Deutschland? Die Zahl der im Deutschen Reich vorhandenen Arbeitnehmer ist zum letzten Male durch die Berufszählung vom 16. Juni 1925 festgestellt worden. Das Statistische Reichsamt hat den Versuch übernommen, die Zahl der Arbeitnehmer für den neuesten Stand schätzungsweise zu berechnen. Es geht dabei von der Annahme aus, daß der Erwerbstätigenzuwachs auf Grund der Bevölkerungsentwicklung sich nahezu vollständig den Arbeitnehmerberufen zugewendet hat, da nicht anzunehmen ist, daß sich die Zahl der Selbständigen seit 1925 in nennenswertem Maße verändert hat. Es ergeben sich dann die folgenden Arbeitnehmerzahlen:

Geschätzte Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer.

		Männer	Frauen	zusammen
Mitte	1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000
Anfang	1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000
"	1927	18 857 000	6 437 000	20 294 000
"	1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000
"	1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000
"	1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000
"	1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000

Für eine Schätzung der Entwicklung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit fehlen alle Anhaltspunkte. Setzt man die Zahl der nur nebenberuflich tätigen Arbeitnehmer in der gleichen Höhe wie im Jahre 1925 in die Rechnung ein, so kommt man für Anfang 1930 auf rund 21 404 000 Arbeitnehmer und für Mitte des laufenden Jahres auf eine Zahl von etwa 21 392 000. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der letzten fünf Jahre um etwa 1 532 000 Personen erhöht. Die deutsche Wirtschaft beschäftigt sonach heute — wenn man mit einem Gesamtbestand von knapp 3 Millionen Arbeitslosen rechnet — etwa 1¼ Million Arbeitnehmer weniger als zur Zeit der Berufszählung vom 16. Juni 1925, wo es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen gab (214 000 Hauptunterstützungsempfänger). Seit Mitte des vorigen Jahres ist das Anwachsen der Arbeitnehmerzahl von der Bevölkerungsseite her zum Stillstand gekommen, so daß man für die nächsten Jahre, in denen die aus der Kriegszeit stammenden Geburtenjahrgänge auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeitnehmern wird rechnen können.

Anzeigenpreis für die bergesp. Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Reaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Reaktionschluss ist Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

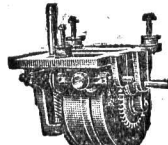
Intarrien jeder Art

Katalog gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke

in allen Preislagen.
Hobel
z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummianterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26**—
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko vor



Robert Husberg - Neuenrade i.W. 9

Die Fachschrift

die jeder strebsame Tischler haben muß:

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt **VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9**